

PRESSEAUSSENDUNG

Wien, am 09.03.2018

Hoher Frauenanteil in der Justiz wird „bestraft“

Anlässlich des Weltfrauentages hat Bundeskanzler Sebastian Kurz angekündigt, er werde sich „weiterhin entschlossen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen und die Gleichberechtigung einsetzen“.

Die Realität sieht freilich anders aus:

Die Vorhaben der Bundesregierung sehen massive Einsparungen im Justizbereich vor. Darunter fallen auch Richterplanstellen, die für „Ersatzrichter“ benötigt werden, wenn während der Mutterschutzfrist die Stelle nachzubesetzen ist. Diese Planstellen belasten das Justizbudget, da während dieser Frist beide RichterInnen zu entlohnen sind (Doppelbesoldung). Aufgrund der Sparvorgaben ist daher in Zukunft die zeitnahe Nachbesetzung bei Mutterschaft nicht gewährleistet und werden Gerichtsabteilungen monatelang unbesetzt bleiben, was zu massiven Verfahrensverzögerungen führt.

Weiters werden die Möglichkeiten, auf Wunsch früher aus der Karenz zurückzukehren oder eine gewählte Teilauslastung während der Kindererziehungszeiten wieder „aufzustocken“ massiv erschwert. Diese Maßnahmen treffen vornehmlich Frauen, die dadurch effektive Einkommens- und somit auch Pensionseinbußen erleiden.

Diese faktische Benachteiligung stellt eine massive Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Frauen in der Justiz dar. Das Justizressort war und ist immer stolz auf seinen hohen Frauenanteil, in den aktuellen Budget- und Planstellenverhandlungen wird es jedoch dafür „bestraft“.

Sabine Matejka

Christian Haider

RIV VEREINIGUNG DER
ÖSTERREICHISCHEN
RICHTERINNEN
UND RICHTER



Bundesvertretung
Richter und Staatsanwälte